



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
3003 Bern

tcql-ga@seco.admin.ch

Bern, 31. Dezember 2018

**Stellungnahme zum Bundesgesetz über Beiträge an die Kosten für die
Kontrolle der Stellenmeldepflicht (BKSG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungs-
unterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz hat die Stellenmeldepflicht unterstützt. Sie muss so
ausgestaltet sein, dass sie den Arbeitslosen und Stellensuchenden in der
Schweiz nützt. Dieses Ziel muss durch eine hohe Qualität der öffentli-
chen Stellenvermittlung erreicht werden. Wir begrüßen daher die
vorgeschlagene Beteiligung durch den Bund an den Kontrollkosten der
Kantone, um eine konsequente Anwendung der Stellenmeldepflicht in
der ganzen Schweiz zu garantieren. Mit der Ausrichtung eines Pauschal-
betrags je Kontrolle soll ein Anreiz geschaffen werden, die Kontrollver-
fahren möglichst effizient auszugestalten. Der Bund wird sich dabei häl-
ftig an den entsprechenden Personalkosten beteiligen. Wichtig scheint
uns, dass die kontrollierenden kantonalen Behörden dem Staatssekreta-
riat für Wirtschaft jährlich über die Kontrolltätigkeit Bericht erstatten.
Die Mehrausgaben für den Bund von 450'000 bis 600'000 Franken sind
tragbar und gut eingesetzt.

Mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Christian Levrat
Präsident

Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70